

Besser als gerührt sein, ist sich rühren . . .

. . . heißt es in einem Lied von Bertolt Brecht.

Jeder Mensch, der sich noch ein Gefühl für Gerechtigkeit bewahrt hat - wird zustimmen. Was für eine Welt steht da, fast am Ende des Jahrtausends? Der Kapitalismus hat zwar nicht gesiegt, aber er ist übriggeblieben - vorerst. Es wird immer deutlicher: dieser Kapitalismus, in dem der Mensch nichts und der Profit alles ist, wird diese Welt zugrunde richten, wenn die Gegenkräfte sich nicht formieren.

Nun gibt es viele Menschen, viele gesellschaftliche Gruppen, viele Christen und Angehörige anderer Religionen, die das erkennen und Widerstand organisieren. Ein langer Kampf steht bevor, langer Atem wird gebraucht. Wir haben nur eine Welt - die Kinder von heute müssen morgen ein Zuhause haben.

Gerade vor Weihnachten und vor dem Wechsel in das Jahr 1999 scheinen uns die klugen und analytischen Worte eines Staatsmannes geeignet von denen wir nachfolgend Auszüge abdrucken. Dr. Fidel Castro Ruz, Präsident der Republik Kuba, sprach sie in diesem Jahr anlässlich der feierlichen Sitzung zum 50jährigen Bestehen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Palast der Nationen in Genf/Schweiz.

„Wenn die Weltwirtschaft, nach den Berechnungen geachteter Analytiker, um das sechsfache gewachsen ist und die Produktion von Gütern und Dienstleistungen zwischen 1950 und 1997

von weniger als 5 Milliarden auf mehr als 29 Milliarden angestiegen ist - warum sterben dann noch immer jährlich 12 Millionen Kinder unter 5 Jahren, d.h. 33.000 Kinder jeden Tag, deren Leben zu einem großen Teil gerettet werden könnte? An keinem Ort dieser Welt, in keinem Krieg werden in jeder Minute, an jedem Tag und in jedem Jahr so viele Menschen getötet, wie jene, die durch Hunger und Armut auf unserem Planeten getötet werden, 53 Jahre nach der Gründung der Vereinten Nationen.

Die Kinder, die sterben, obwohl sie gerettet werden könnten, sind zu 100% arme Kinder, auch jene, die überleben. Warum erblinden jährlich mehr als 500.000 Kinder wegen eines einzi-

gen fehlenden Vitamins, dessen Beschaffung für ein ganzes Jahr weniger als eine Schachtel Zigaretten kosten würde? Warum sind noch immer mehr als 200 Millionen Kinder unter 5 Jahren unterernährt? Warum müssen 250 Millionen Kinder und Jugendliche arbeiten? Warum können 110 Millionen Kinder dieser Welt nicht einmal die Grundschule und 275 Millionen die Sekundarstufe nicht besuchen? Warum prostituieren sich in jedem Jahr 200 Millionen Mädchen?

Warum leben in einer Welt, die jährlich fast 300 Milliarden Dollar in Gütern und Dienstleistungen produziert, 1,3 Milliarden Menschen in absoluter Armut? Wieso verdienen diese Menschen einen einzigen Dollar am Tag, während andere eine Million Dollar am Tag verdienen? Warum verfügen 800 Millionen Menschen nicht einmal über eine medizinische Basisversorgung? Warum müssen von den 50 Millionen Menschen, Erwachsenen und Kindern, die jährlich sterben, 17 Millionen, das heißt 50.000 an jedem Tag an Infektionskrankheiten sterben, die nicht nur fast

(Fortsetzung nächste Seite)



(Fortsetzung von Seite 1)

alle geheilt, sondern in ihrer Mehrzahl rechtzeitig verhindert werden könnten, was in den meisten Fällen nicht einmal einen einzigen Dollar pro Kopf kosten würde?

Wieviel kostet ein Menschenleben? Wie hoch ist der Preis, den die Menschheit für die ungerechte und unerträgliche Wirtschaftsordnung dieser Welt bezahlen muß?

585.000 Frauen starben im Jahre 1996 während der Schwangerschaft oder der Geburt, 99% davon in der Dritten Welt, 70.000 starben aufgrund schlechter Bedingungen für einen Schwangerschaftsabbruch, 69.000 davon in Lateinamerika, Afrika und Asien.

Abgesehen von den abgrundtiefen Unterschieden im Hinblick auf die Lebensqualität, leben die Menschen in den reichen Ländern im Durchschnitt 12 Jahre länger als in den armen Ländern, in einigen Nationen liegt die Differenz der Lebenserwartung zwischen den Reichsten und den Ärmsten bei 20-35 Jahren.

Es ist wirklich sehr traurig daran zu denken, daß allein im Bereich Mutter-Kind und trotz der Anstrengungen der WHO und der UNICEF, in den letzten 50 Jahren 600 Millionen Kindern und 25 Millionen Mütter wegen fehlender Gesundheitsversorgung gestorben sind, die alle hätten überleben können. Dazu hätte es lediglich einer rationaleren und gerechteren Welt bedurft. In diesem gleichen Zeitraum nach dem Krieg wurden mehr als 30 Billionen Dollars in militärische Ausrüstung investiert. Nach Schätzungen der Ver-

einten Nationen würden 25 Milliarden Dollars jährlich für eine weltweite Basisgesundheitsversorgung ausreichen, das sind 3% der 800 Milliarden, die zur Zeit jährlich für Rüstung ausgegeben werden, obwohl es den Kalten Krieg nicht mehr gibt.

Der Handel mit Waffen, die zum Töten geschaffen werden, nimmt kein Ende während Medikamente, mit denen Leben gerettet werden sollten, immer teurer verkauft werden. Der Medikamentenmarkt ist im Jahre 1995 auf 260 Milliarden Dollar angestiegen. Die entwickelten Ländern, in denen 14,6% der Weltbevölkerung leben, 824 Millionen Einwohner, konsumieren 82% der Medikamente, während der Rest der Welt, über 4,8 Milliarden Einwohner, nur 16% der Medikamente konsumieren. Die Preise sind absolut unerreichbar für die Dritte Welt, in der sich nur die privilegierten Sektoren Medikamente leisten können. Die Kontrolle der Transnationalen über die Patente und die Märkte erlaubt ihnen, die Preise auf das Zehnfache der Produktionskosten anzuheben. Der Preis für einige Antibiotika der jüngsten Generation liegt sogar bei dem 50fachen der Produktionskosten.

Aber die Menschheit wächst weiter. Wir sind bereits 6 Milliarden und wachsen in einem Jahresrhythmus von 80 Millionen. Die erste Milliarde brauchte 2 Millionen Jahre, bei der zweiten Milliarde waren es 100 Jahre, die letzte Milliarde nur noch 11 Jahre. In 50 Jahren wird es 4 Milliarden zusätzliche Bewohner auf diesem Planeten geben.

Alte Krankheiten sind wieder ausgebrochen, neue kommen hinzu, AIDS, Ebola, der Hantavirus, Enzephalopathie, etc., mehr als 30 laut den Spezialisten. Entweder werden wir das AIDS besiegen, oder diese Krankheit wird einige Länder der Dritten Welt völlig auslöschen. Kein Kranker in einem armen Land wird die 10.000 Dollar jährlich bezahlen können, die eine Behandlung zur Zeit kostet, die zwar das Leben verlängert, aber nicht die Krankheit heilt.

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Das Klima verändert, die Meere und die Atmosphäre erwärmen sich, die Luft und die Gewässer werden verschmutzt und die Böden erodieren. Die Wüsten werden größer, während die Wälder verschwinden und das Wasser immer knapper wird. Wer wird unsere Gattung retten? Die blinden und unkontrollierbaren Gesetze des Marktes, die neoliberale Globalisierung, eine Wirtschaft, die von alleine und um ihrer selbst Willen wächst wie ein Krebsgeschwür, das den Menschen verschlingt und die Natur zerstört? Das kann nicht der Weg sein. Oder er wird es nur für eine sehr kurze Zeit in der Geschichte der Menschheit sein.

Gegen diese Realitäten führt die Weltgesundheitsorganisation einen heldenhaften Kampf und hat noch dazu die Pflicht, optimistisch zu sein.

Als Kubaner und als Revolutionär teile ich Ihren Optimismus. Cuba, mit einer Kindersterblichkeit von 7,2 auf 1000 Neugeborene im ersten Lebensjahr, mit einem Arzt auf je 176 Einwohner, was der weltbeste Index ist, einer Lebenserwartung von über 75 Jahren, erfüllt bereits seit 1983 das Programm der Gesundheit für alle des Jahres 2000. Trotz der grausamen Blockade, der es seit 40 Jahren ausgesetzt ist und obwohl wir ein armes Land der Dritten Welt sind. Der Versuch des Völkermordes an unserem Volk hat dazu geführt, daß wir unsere Anstrengungen und unseren Überlebenswillen vervielfacht haben. Auch die Welt kann kämpfen und siegen.“





Stimmzettel sollten Strafzettel werden

Am 7. Februar 1999 sind in Hessen Landtagswahlen.

Die DKP hat lange diskutiert, ob sie zur Landtagswahl antreten soll. Der Grund für die Zögerlichkeit liegt auf der Hand, wir wollen natürlich nicht, daß CDU und F.D.P. die Eichel-Regierung ablösen und dann die Flughafenerweiterung ruck-zuck durchziehen.

Von den vielen Gründen, die für die Kandidatur sprachen, hier zwei wichtige:

1. Die PDS will nicht antreten.
2. Es wird immer deutlicher: Auch die jetzige Regierung will den Flughafenausbau.

Im „Freitags-Anzeiger“ gab es am 19.11.98 die Titelzeile: „Landebahn Nord: Hunderte Varianten sind möglich“. Dieser Satz ist von Klaus Busch, Pressesprecher der FAG.

Am Schluß des Artikels: „Alle diese Möglichkeiten würden ohne Präferenz von der FAG in das Mediationsverfahren eingebracht. Erst das Mediationsverfahren entwickelt einen Lösungsvorschlag, der dann zur Entscheidung ansteht.“

Anders ausgedrückt: „Eine von »hundert Varianten« werden wir schon kriegen“.

Viele Bürgerinnen und Bürger, die vor Jahren aktiv gegen die Startbahn/West kämpften, sind heute tief resigniert. Sie sagen: „Die da oben machen ja doch, was sie wollen.“ Manche hörte ich auch, die meinten: „Sollen jetzt mal die Kelterbacher demonstrieren!“

Nun soll sich aber der Flugverkehr in den nächsten 10 Jahren verdoppeln.

Die Lufthansa versucht, die Region zu erpressen, indem sie den Weggang von Frankfurt androht. Und schon werden sie wieder parteiübergreifend weich, die Wiesbadener Politstrategen.

Es ist deshalb jetzt höchste Zeit, allen an der Wahl teilnehmenden Parteien die Frage zu stellen: „Sind sie für einen weiteren Ausbau des Rhein-Main-Flughafens? Sind Sie für den Bau der Landebahn Nord?“

Es ist klar, CDU und F.D.P. wollen auf jeden Fall neue Start- und Landebahnen - koste es, was es wolle.

Die Sozialdemokratische Partei ist gespalten. In der Nähe des Flughafens gibt es noch Erinnerungen an herbe Stimmenverluste bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn/West. In der Wiesbadener Staatskanzlei ist man aber bereit, nach der Wahl die Erweiterungspläne zu realisieren. Bis dahin versucht man mit der Mediation einen Schleier über das Ganze zu ziehen.

Es lohnt sich aber auch, bei den Grünen nachzufragen. In Frankfurt und in Wiesbaden gab es in der letzten Zeit sehr irritierende Bemerkungen grüner Politiker. Einst hat sie die Startbahn-Bewegung in die Parlamente katapultiert - jetzt geben sie sich staatsmännisch und machen Wackelpolitik.

Klären muß man auch noch andere Dinge. Die Vertreter der Ausbaubefürworter erklären, wie sie in der Mediationsrunde auftreten. So u.a. Frank Niethammer, Präsident der Industrie- und Handelskammer. Nur die anderen Vertreter halten sich vornehm zurück.

Offenbar glaubt man in Wiesbaden immer noch, man könne die Bürgerinnen und Bürger total für dumm verkaufen. Sichtbar wird das nach den Aussagen von Eichel, „wir entscheiden nach der Mediation“ und dem SPD-Beschluß, das Thema Flughafenerweiterung aus der Landtagswahl herauszuhalten.

Langsam wird es Zeit, daß sich Bürgermeister Bernhard Brehl, Professor Kurt Oeser u.a., die ich für Erweiterungsgegner halte, einmal äußern, ob sie ihr Mittun in der Mediationsrunde noch für richtig halten.

Die wichtigste Frage ist, verträgt die Flughafenregion die prognostizierten „Verdoppelungen“ - und - muß man sich resigniert fügen oder den Plänen aktiv den Kampf ansagen?

Nur - wie können sich Ausbaueegner einmischen?

Eine Möglichkeit ist sicher, am 7. Februar den „Erweiterungsparteien“ einen Denkkzettel zu geben und die DKP zu wählen.

Rudi Hechler



Die „Einsparaktionen“ des Magistrats im KITA-Bereich stoßen auf Widerstand. Der „blickpunkt“ erhielt dazu folgende Presseerklärungen:

ÖTV-ErzieherInnengruppe Mörfelden-Walldorf zu den anstehenden Sparmaßnahmen im KITA-Bereich

Bürgermeister Brehl legt in der Öffentlichkeit Wert auf die Feststellung, daß er sich seit über einem Jahr darum bemüht, den Kindertagesstätten die Einsicht in die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen bzw. generell von Kostensenkung zu vermitteln, die auch vor Personalkürzungen im Kindertagesstättenbereich nicht haltmachen kann. Aber gerade in bezug auf Einsparungen im Personalbereich war und ist den Kitas in Mörfelden-Walldorf diese Einsicht nicht zu vermitteln. Für die ErzieherInnen ist auch eine „maßvolle Kürzung“ zuviel. Aus ihrem beruflichen Selbstverständnis heraus kann von ihnen nur eine Bereitschaft zu Kürzungsvorschlägen erwartet werden, die die erreichte Qualität der Arbeit mit den Kindern nicht gefährden. Aber genau das ist bei Reduzierung von pädagogischem Personal zu erwarten. Die Maßnahmen zur Streichung von Stellen im Kindertagesstättenbereich haben effektiv eine Verdichtung der Arbeit zur Folge, die, an den bestehenden Standards gemessen, zwangsläufig zu einer qualitativen Verschlechterung führen wird. Und das in einer Zeit, in der differenzierte pädagogische Arbeit in erhöhtem Maße notwendig ist. Kitas haben heute eine veränderte Kindheit zu berücksichtigen und nicht zuletzt den gesetzlichen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz pädagogisch umzusetzen. Zugleich wird von ihnen erwartet, daß sie den gesetzlichen Erziehungs- und Bildungsauftrag zur umfassenden Förderung der Kinder in allen Entwicklungsbereichen unter Berücksichtigung zeitgemäßer pädagogischer Erkenntnisse erfüllen. Ein bißchen viel bei noch weniger Personal! Wir sind nicht die Kindermädchen der Nation, sondern pädagogische Fachkräfte und damit das bedeutendste „Arbeitsmittel“ in der pädagogischen Arbeit. Vielleicht brauchen Kinder kein gekauftes Spielzeug, aber uns ganz bestimmt. Stellenkürzungen können und wollen wir sowohl aus pädagogi-

scher, als auch aus gewerkschaftlicher Sicht (mehr als 80% aller ErzieherInnen in Mörfelden-Walldorf sind organisiert) nicht schweigend hinnehmen!

Der Stadtkitabeirat Mörfelden-Walldorf schrieb zum Thema:

*An alle Eltern!
Das geht uns alle an!*

Die städtischen Sparmaßnahmen im Bereich der Hort-Kindergärten und im Kinderkrippenbereich betreffen uns alle.

Daß gespart werden muß ist uns allen bewußt, aber das Wie und Wo muß in Frage gestellt werden! Keinesfalls darf dies auf Kosten unserer Kinder geschehen. Die Qualität der Kinderbetreuung muß erhalten bleiben. Eingespart wurde aber bisher vor allem beim Personal, ein dreimonatiger Einstellungsstopp für alle städtischen Bereiche wurde erlassen.

Die Kinderkrippe Mörfelden soll verlegt und verkleinert werden, wobei noch offen ist wann und wie dies geschehen soll. Die Kinderkrippe ist aber die einzige Möglichkeit für berufstätige Eltern, insbesondere für Alleinerziehende, ihre Kinder unter drei Jahren in gute Hände zu geben, deshalb muß sie in Mörfelden bleiben!!!

Obwohl die Krippe mit Elternbeiträgen von über DM 600 und einer städtischen Zuschussung von ca. DM 2000 pro Kind sehr teuer ist, sind die Plätze sehr gefragt und immer belegt. Es sollte deshalb eher über eine Vergrößerung als eine Verkleinerung nachgedacht werden.

Eine Reduzierung der verfügbaren Betreuungsplätze kann zudem für manche Eltern das berufliche „Aus“ bedeuten, der Verdienst- und Steuerausfall müßte von der Stadt aufgefangen werden, vom sozialen Abstieg der Betroffenen nicht zu reden. Eine Einsparung ist also hier nicht gegeben!

ZAHLE NAWE TAN TABRIK
VAI NÁCH VUIDĚ VÁ MAI MÁN
AUGURIAMO UN BUON NATALE E
UN FELICE ANNO NUOVO
SRETNA NOVA GODINA.
SRETNI BOŽIČNI PRAZNICI
FELIZ NAVIDAD Y UN PRÓSPERO
AÑO NUEVO
FELIZ NATAL E
UM PRÓSPERO ANO NUOVO
YENI YLINIZ
KUTLU OLSUN



Frohe Weihnachten und
ein glückliches
neues Jahr
wünschen die

DKP

Mörfelden-Walldorf,
DKP/Offene Liste
und die
„blickpunkt“-Redaktion

WESOTYCH ŚWIĄT ORAZ
SZCZESLIWEGO NOWEGO ROKU

MERRY CHRISTMAS AND A
HAPPY AND PEACEFUL NEW
YEAR

SRETAN BOŽIČ: SRETNA NOVA GODINA

KALA CHRISTUGENNA KĀ
EPHTICHISMENOS O NEOS
CHRONOS

BON NOEL ET MEILLEURS VEUX
POUR LA NOUVELLE ANNÉE

Ein Märchen aus zweitausendundeinem Jahr oder „Shareholder Value“

Vor längerer Zeit trafen sich der Arbeiter Artur und der Angestellte Andreas auf einem der fast jedes Wochenende stattfindenden Sommerfeste bei Speis und auch viel Trank. Eigentlich war es schon immer so, daß unter den Menschen nur der was galt, der sich auf irgend eine Art und Weise viel Geld und damit auch viel Macht verschaffte. Doch das änderte sich langsam. Nein, nicht daß der Reichtum gerechter verteilt wurde, der Unterschied zwischen Armen und Reichen wurde noch größer. Viele Arme waren sich ihrer schlechten Lage gar nicht bewußt. Vielmehr bewunderten sie noch die Reichen und strebten mit ihren Ellenbogen danach, genau so reich zu werden oder hofften auf ein unvorhersehbares Glück. Anderen, bei denen man befürchten mußte, daß sie ihre Situation bald erkannten, mußte man nur oft genug einreden, daß sie zu den Reichen gehörten. Deshalb überließ man ihnen Anteile an großen Unternahmen und ließ sie in dem Glauben, sie könnten mitbestimmen und gab ihnen auch einen kleinen Gewinnanteil. So auch bei Artur und Andreas. Artur arbeitete in einer großen Fabrik und bekam einen Teil seines Lohnes in Form von Anteilen seines Dienstherrn. Andreas war bei einer großen Versicherung beschäftigt und kannte sich durch seinen Beruf so weit aus, daß er sich Anteile genau jener Fabrik kaufen konnte, in der Artur arbeitete. Da sie gute Freunde waren, kaufte sich Artur auf Anraten seines Freundes Anteile an Andreas' Versicherung. Aber beide hatten so wenig Anteile, daß sie auch mit jenen von anderen Arbeitern und Angestellten zusammen gar nicht ins Gewicht fielen. Aber sie waren „wer“. Und so kam es, daß man sich an jenem Sommerwochenende, schon ein bißchen in guter Laune, darüber unterhielt, daß man eigentlich Teilhaber großer Unternehmen war, weil das ja bei den übrigen Anwesenden großen Eindruck

machte. Um zu beweisen, daß man auch was von der Sache versteht, stellte man abschließend fest, daß die Gewinnanteile, die man bekam, zu gering waren. So scharte Andreas andere Leute um sich, die auch ein paar Anteile an der Fabrik ihr eigen nannten, in der Artur arbeitete. In der folgenden Zusammenkunft der Anteilhaber beantragte man bei den Herrschenden, höhere Gewinne auszuzahlen. Wie um zu beweisen, daß auch kleine Leute in einer Demokratie was zu sagen haben, wurde diesem Antrag stattgegeben, hatten doch die Herrschenden ungleich mehr von diesem Beschluß, da sie eine übergroße Mehrheit an Anteilen besaßen. Nun gab es aber ein kleines Problem. Die höhere Gewinnausschüttung mußte ja irgendwo herkommen. So befahlen die Herrschenden ihrem Statthalter in Arturs Fabrik, mehr Gewinne zu machen. Dieser hatte einmal in einer Unterweisung gehört, daß man höhere Gewinne erzielt, indem man weniger hergibt oder mehr einnimmt. Mehr einnehmen konnte man nicht mehr, denn die Menschen hatten zu wenig Geld, um es auszugeben. Also mußte man weniger hergeben. Bei besagter Unterweisung hatte der Statthalter aber auch erfahren, daß man da am meisten sparen kann, wo man am meisten hergibt. Und da er keiner der Dümmersten war, kam er von selber darauf, daß an die Arbeiter immer noch am meisten ausgezahlt wurde. Die Anzahl der Arbeiter mußte also reduziert werden. Deshalb wurden die meisten von ihnen durch Maschinen ersetzt, die keinen Urlaub brauchten, nicht krank wurden, nicht aufsässig wurden, überhaupt nicht dachten und auch später keine Rente haben wollten. Und da Artur die vierzig Lebensjahre bereits überschritten hatte, konnte man ihn trotz seiner Erfahrung nicht mehr brauchen, denn diese Erfahrung hatte er ja an die Maschinen weitergegeben. Der

Statthalter unterdessen verdiente sich durch die Befolgung der Befehle der Herrschenden ein stattliches Zubrot. Traurig darüber, daß er jetzt keine Arbeit mehr hatte, dachte Artur darüber nach, was jetzt zu tun sei. So kam er darauf, Andreas einfach nachzuahmen. Er scharte andere Leute um sich, die auch ein paar Anteile an der Versicherung von Andreas besaßen. In der folgenden Zusammenkunft der Anteilhaber beantragte man . . .

Aber der Rest ist ja bekannt. Nur, daß Andreas, der im gleichen Alter war wie Artur, durch einen großen Rechner ersetzt wurde, dem er seine Erfahrung genauso weitergegeben hatte wie Artur seinem Nachfolger, der Maschine. Nach einigen Jahren, bei einer der täglichen Demonstrationen gegen die Arbeitslosigkeit trafen sich Artur und Andreas wieder. Sie hatten sich daran erinnert, daß einmal ein König ihres Landes nicht mehr weiter regieren wollte, weil die Eliten aus seinem Lande ihren Selbstwert überwiegend aus ihren Einnahmen und ihren Schätzen bezogen und weil die Kluft zwischen Armen und sehr Reichen immer größer wurde. Ihre ehemaligen Kollegen, die noch arbeiten durften, hatten keine Zeit, sich daran zu erinnern.

Weil Märchen nicht auf wahren Begebenheiten beruhen, diese Geschichte sich aber vieltausendfach in diesem unserem Lande wirklich abspielt, mußte der Titel eigentlich „Shareholder Value“ heißen, denn man ist nur „in“, wenn man so spricht und handelt wie in einem großen, fernen Land, das man nur erreicht, wenn man viel Geld hat und mit einem Flieger über einen großen Teich dort hin reist.

Eingeschickt von
einem „blickpunkt“-Leser





In unserem reichen Land stehen heute praktisch alle sozialen Errungenschaften zur Disposition, weil für Soziales und für dringend notwendige infrastrukturelle Maßnahmen angeblich kein Geld mehr da ist. Die Regierenden sprechen vom „Diktat der leeren Kassen“ und machen sich daran, gnadenlos alles zusammenzustreichen, was ihnen für ihre Zwecke entbehrlich erscheint. Die Bevölkerung wird zur Kasse gebeten. Die Superreichen, die Banken und Konzerne bleiben auch nach dem Regierungswechsel in Bonn weitgehend ungeschoren. Die Ursache der Finanznot der öffentlichen Haushalte liegt keineswegs in der behaupteten „Anspruchsinflation“ der Bürger, in einem nicht mehr finanzierbaren Sozialsystem oder in zu teuren, aufgeblähten öffentlichen Verwaltungen. Wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt.

Hauptursache sind Steuergeschenke in Milliardenhöhe, die die Großkonzerne seit Jahren einstecken und ein aufgeblähter Rüstungsetat. Alles, was seit Jahren dem großen Kapital so reichlich gegeben wurde, fehlt zwangsläufig in den öffentlichen Kassen. Dies gilt für Bund, Länder sowie für fast alle Städte und Gemeinden. Die direkte Folge dieses Einnahmedefizits ist der Zwang, sich das nötige Geld bei den Banken zu be-

schaffen, was in den letzten Jahren zu kaum mehr tragbaren Tilgungs- und Zinsbelastungen der Kommunen geführt hat. Darin besteht das „Diktat der leeren Kassen“!

**Geld ist genug da.
Man muß es holen, wo es ist.
Bei den Banken und Konzernen!**

Der Armut des öffentlichen Sektors steht eine unvorstellbare Profitexplosion gegenüber:



Von 1990 bis 1996 stiegen die Gewinne der deutschen Banken und Kreditinstitute von 9,7 auf 19 Mrd. DM (nach Steuern).

In diesem Zeitraum stiegen die Gewinne

- der Deutschen Bank von 1067 auf 2218 Millionen DM,
- der Dresdner Bank von 921 auf 1580 Millionen DM,
- der Commerzbank von 557 auf 1214 Millionen DM.

Also: Die Kassen sind nicht leer. Es sind nur die falschen Kassen, über die in der Öffentlichkeit ständig geredet wird! Wer für die Menschen etwas bewirken will, der muß an die Kassen der Banken und Konzerne.

Doch von den etablierten Parteien macht das niemand. CDU und FDP sind bereitwillige Erfüllungsgehilfen des großangelegten Raubzuges auf die Taschen der Arbeiter, Angestellten, Kranken und Rentner. Aber auch SPD und Grüne machen in Regierungsverantwortung meist die gleiche Politik. Die hohe Arbeitslosigkeit wird darüber hinaus dazu genutzt, Druck auf die Arbeitenden auszuüben, um Löhne zu senken, Arbeitszeit und Arbeitsintensität weiter zu steigern. Ziel ist allein die Kostensenkung (sprich: bessere Verwertungsbedingungen) für das Kapital, um den „Standort Deutschland“ zu sichern.



Dagegen sagt die DKP: Massenbelastungen der Bevölkerung, Stellenabbau in den Verwaltungen und Privatisierung öffentlichen Eigentums sind kein Ausweg aus der Misere der öffentlichen Haushalte. Die Reichen, die 0,2% der Bevölkerung, die ein Drittel des Geldeigentums (1500 Mrd. DM) besitzen, die Banken und Konzerne sollen zahlen.

Daher fordert die DKP:

Zur Behebung der Finanznot der Städte und Gemeinden vor allem die sofortige Einstellung der Zinszahlungen der Kommunen an die Großbanken, vollständiger Schuldenerlaß.

Zurücknahme der Gewinnsteuersenkungen der letzten 15 Jahre

Abschöpfung von Spekulationsgewinnen zugunsten der öffentlichen Haushalte.

Radikale Kürzung der Rüstungsausgaben.

Gekürzt aus den „Bausteinen“ der DKP zur Landtagswahl 1999



„Wähl GRÜN und Du mußt nicht zum Bund!“

Das war auf GRÜNEN-Plakaten Original-Ton vor der Bundestagswahl. Sie erinnern sich?

Nach der Wahl ist das anders. Da heißt es dann: Kontinuität, Euro-Fighter, NATO-Treue und JA zum Auslandseinsatz . . .

Früher sagte man: Vor der Wahl und nach der Jagd wird gelogen. Das betraf dann die Jäger.

Heute wissen wir: Es sind nicht nur die Jäger - es sind auch die Fischer.

Schlackenhausen

Wer von den Jüngeren unserer Stadt weiß etwas von Schlackenhausen oder kann mit dem Begriff etwas anfangen? Mit diesen Zeilen soll aus Überliefertem und von dem, was von den Nachkommen noch aus der Erinnerung zu erfahren war, ein Stück Stadtgeschichte erzählt werden. Vor bald siebzig Jahren, also um das Jahr 1920, fanden sich, in der noch verhältnismäßig kleinen Gemeinde Mörfelden, mit damals ca. 4000 Einwohnern, 83 Bürger zusammen und gründeten eine Gemeinnützige Baugenossenschaft. Sie hatten das Ziel, zu erschwinglichen Kosten für sich Wohneigentum zu schaffen. Fast durchweg waren es, nicht besonders begüterte, aber fortschrittlich denkende und gewerkschaftlich organisierte Mörfelder Bau- und Metallarbeiter, die wußten, daß dies nur in der Gemeinschaft möglich war. Dem Vorstand gehörten damals folgende Personen an: Ludwig Jungmann, Wilhelm Schaffner, Heinrich Schöneberger, Wilhelm Scheuermann, Adam Denger, Heinrich Schulmeyer und Jakob Knodt. Da alle Häuser in Selbsthilfe errichtet wurden, mußte jedes Mitglied etwa 1000 Arbeitsstunden leisten. Auch hatten die Genossen, ihren Möglichkeiten entsprechend, ein Startkapital zu entrichten. Die Gemeinde war auch Mitglied und erwarb selbst vier Doppelhaushälften, gab aber auch neben Banken und Sparkassen, günstige Darlehen an bedürftige Bauge-

nossen. In der Regel baute man Doppelhäuser mit Nebengebäuden, bestehend aus zwei Ställen, Heuboden und einem einfachen Klosett. So entstanden in wenigen Jahren 87 Häuser, darunter 45 in der Liebknechtstraße, 6 in der Ellenbogenstraße, 10 in der Herweghstraße, 4 in der Hochstraße, 5 in der Freiligrathstraße, 5 in der Bebelstraße, 2 in der Heinestraße und 10 in der Frankfurter Straße. Darunter waren nur etwa drei Einzelhäuser, bei denen das Grundstück von der Größe her für ein Doppelhaus nicht ausreichte.

Wie aus dem noch vorliegenden Hauptbuch und von den Nachfahren zu erfahren ist, kostete die Doppelhaushälfte einschließlich Grabgarten, je nach Grundstücksgröße (300-500 qm), zwischen 2000 und 3000 Mark. Die Ausführung war sehr einfach. Der ausgehobene Sand fand zum Betonieren, Mauern und Verputzen Verwendung. Mit Zement ist man sparsam umgegangen und der angefahrene ungelöschte Kalk wurde in einer Grube gelöscht. Überwiegend wurden Schlacken verarbeitet, Schlackenbeton für die Decken und die selbstgefertigten Steine. Zum Teil mauerte man nur die Hausecken hoch, dazwischen kam Schalung, die mit Schlackenbeton ausgefüllt wurde. Daher auch der Name „Schlackenhausen“. Das genossenschaftseigene Sägewerk mit Holzlagerplatz und Schreinerwerkstatt, für Fenster, Türen und Treppen, befand sich auf dem Platz Ecke Liebknechtstraße-Heinestraße.

Rückblickend ist festzustellen, daß in der damaligen Zeit Vorbildliches geleistet wurde und daß hierfür viel Gemeinsinn, Solidarität und Opferbereitschaft notwendig war.

Heinz Hechler

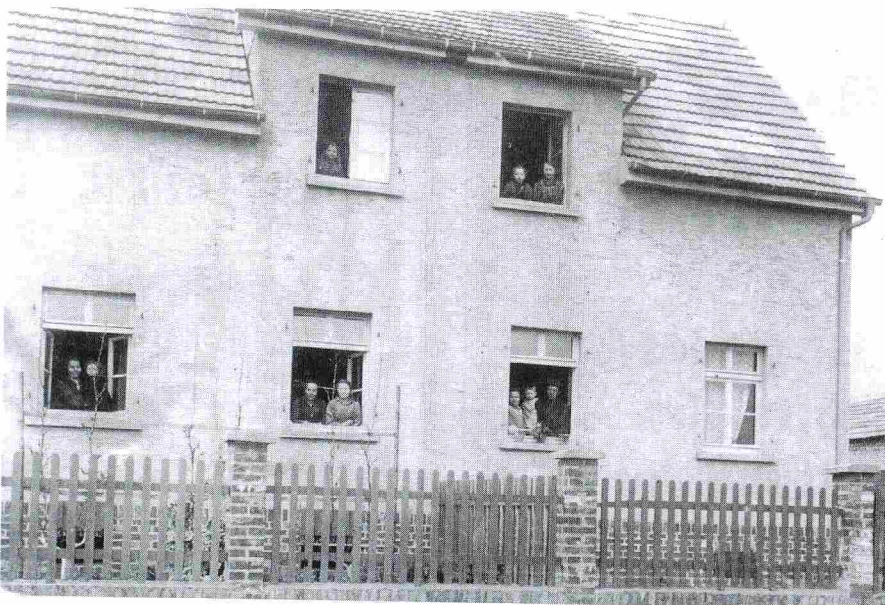
Der blickpunkt bedankt sich bei den Nachkommen ehemaliger Mitglieder der Gemeinnützigen Baugenossenschaft für die zur Verfügung gestellten Erinnerungen und Unterlagen.

Zukunftsvisionen

Oder soll man besser -illusionen sagen? Die Rede ist von der S-Bahn im 10-Minuten-Takt auf der Riedbahnstrecke. Wirtschafts- und Verkehrsminister Klemm war in Mörfelden und stellte die Pläne vor.

Ab Mai 1999 (neuer Fahrplan) soll halbstündlich ein Zug nach Ffm. und zurück fahren. Dadurch vermindert sich das Angebot, denn der Regionalexpreß entfällt. Er hatte in Spitzenzeiten eine dreimalige Stundenverdingung angeboten. Eingeräumt wird ebenfalls, daß es ab Mai auf der Riedbahnstrecke eng wird, weil weitere ICE-Züge hinzukommen. Und da der Fernverkehr vor dem Nahverkehr rangiert, sind Überholungen und Verspätungen vorprogrammiert. Daß Minister Klemm *dennoch* ein rosiges Bild von der Zukunft malte, verwundert. Da wird eine neue Hochgeschwindigkeitstrasse entlang der BAB 5 propagiert, wird der 10-Minuten-Takt auf der Riedstrecke versprochen (ab 2007/8). „Wer glaubt, wird selig!“ Mit der Bahn ist seit Jahren „verhandelt“ worden (meist sind die Herrschaften nicht zu sprechen), und wenn sie sprechen, dann nur nichtssagende Floskeln. Seit Jahren laufen die Bemühungen der Stadt um die P+R-Anlagen, Fahrradabstellplätze, Bahnhöfe ins Leere. Eine Kosten- und Nutzen-Untersuchung (Einstieg in eine S-Bahn-Planung) kommt wegen der Ignoranz der Bahn nicht zustande. Und da verspricht ein Minister das Blaue vom Himmel. Richtig - es ist Landtagswahlkampf!

P.S. Ein Fahrgast registrierte auf dem Weg nach/von Ffm: Von 44 Fahrten (Okt./Nov.) 27 Verspätungen. Von wegen streßfreies Bahnfahren.



Eines der Doppelhäuser in der Liebknechtstraße Mörfeldens, die in den zwanziger Jahren durch die Baugenossenschaft errichtet wurden.



Die Liebknechtstraße in Mörfelden mit Blick zum Wasserturm, wie sie sich dem Betrachter in den dreißiger Jahren darbot. Ab der Kreuzung Heinestraße ist nur Feldgemarkung mit schönen Obstbäumen zu sehen. Der überwiegende Teil der Häuser in dieser Straße ist von der Mörfelder Baugenossenschaft etwa zwischen 1921 und 1928 als Doppelhäuser errichtet worden. Auf dem Foto ist gut die einheitliche Einfriedigung mit Vorgärten ersichtlich. Diese von der Straße zurückgesetzte Anordnung der Häuser war für Mörfelden etwas neues und wurde als großzügig empfunden. Durch die vorbildliche, von Gemeinsinn geprägte Arbeit der Baugenossenschaft erhielten in kurzer Zeit über hundert Familien eine Bleibe. Die meisten der Bauwilligen stammten selbst aus Familien mit vielen Kindern, wo nach der Heirat der Jungen keine Wohnmöglichkeit mehr bestand.

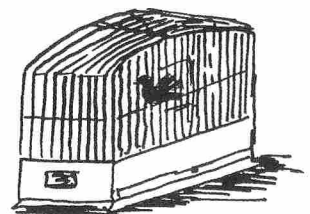


Wenn in Mörfelden jemand in der Liebknechtstraße wohnt, dann heißt es oft heute noch, „der wohnt in der Baugenossenschaft“, oder Ältere sagen auch manchmal scherzhaft, in „Schlackenhausen“. (Näheres zur Baugenossenschaft siehe Seite 7 unter „Schlackenhausen“.)

Termin vormerken!

**Am 15. Januar 1999 findet im
Bürgerhaus Mörfelden
eine Großveranstaltung der BI
gegen die
Flughafenerweiterung statt.**

Unser Lexikon



Kanaajerkibsch

Käfig für einen
Kanarienvogel